

Auch der Staat ist involviert

In diesem Punkt geht es um ein Thema, bei dem auch *der Staat* involviert ist, und wo er seinerseits Kompromißbereitschaft zeigen müßte: Es muß auch den Behörden einleuchten, daß die Probleme mit den Basisgemeinschaften in einer Reihe ungelöster pastoraler Fragen wurzeln. Allzu oft enttäuscht, haben es die Basisgemeinschaften aufgegeben, akzeptable Lösungen von der mit dem Staat „verhandelnden Kirchen“ zu erhoffen. Die Lösung des Konfliktes – die Anerkennung und volle *Akzeptierung der Führungsrolle der Hierarchie* durch die Basisgruppen – muß also an eben diesem Punkt ansetzen, und dazu bedarf es des guten Willens seitens der Behörden.

Und noch in einer anderen Frage, nämlich der *Zulassung des Zivildienstes* als Alternative zum bewaffneten Militärdienst, wartet man auf ein Entgegenkommen des Staates. Kardinal Casaroli geht in seinem Schreiben auf diesen Fragenkomplex mit keinem Wort ein, aber es ist allgemein bekannt, daß der Staat eine Ablehnung des bewaffneten Militärdienstes aus Gewissensgründen – wie es zahlreiche Vertreter von kirchlichen Basisgruppen tun – nicht nur nicht akzeptiert, sondern darin sogar als einen Widerspruch zur kirchlichen Lehre sieht und diese seine Meinung als kirchenpolitisches Druckmittel benutzt. Die Bischöfe haben die Argumentation des Staates bezüglich der Lehre der Kirche in dieser Streitfrage zwar nicht direkt bekräftigt, ihr aber bis heute auch nicht widersprochen. Es ist klar, daß diese Frage nicht in die Kategorie der rein kircheninternen Angelegenheiten fällt. Und solange sich der Staat weigert, anstelle des bewaffneten Militärdienstes eine andere legale Alternative zuzulassen, muß er sich nachsagen lassen, daß er Menschen dafür bestraft, die mit Berufung auf ihr Gewissen dem Gedanken der Gewaltlosigkeit huldigen.

Ein acht Jahre währendes Kapitel ungarischer Kirchengeschichte könnte endlich abgeschlossen werden, wenn anhand der aus Rom kommenden An-

regungen tatsächlich ein echter Kompromiß zwischen jenen Basisgruppen, die bis jetzt noch nicht offiziell anerkannt sind, und den ungarischen Bischöfen zustande käme. Noch ist offen, wie sich die Dinge weiterentwickeln werden. Auch die jüngsten Schritte der ungarischen Bischöfe nach der Überbringung von Casarolis Brief lassen kaum Rückschlüsse zu. Kardinal Lékai ging am 30. Mai in seiner Homilie in der Budapester St.-Stephans-Basilika ziemlich ausführlich

auf das Konfliktthema ein. Und am 2. und 3. Juni hat sich auch die Bischofskonferenz auf ihrer Sommersession eingehend mit dem Thema befaßt. Ob ihr Vorwurf, die durch den Kardinalstaatssekretär übermittelten Mahnungen des Papstes, die „Spalter der Einheit“ würden von diesen nicht beherzigt, nur auf die Schwierigkeit einer Lösung hinweist oder bereits die Unmöglichkeit einer Verwirklichung des empfohlenen Kompromisses signalisiert, bleibt abzuwarten. E. A.

Hollands Bischöfe: Unklares zur Nachrüstung

Die stattliche Reihe kirchlicher Stellungnahmen zu Frieden und Atomrüstung ist noch einmal länger geworden: Am 13. Juni stellten die niederländischen Bischöfe der Öffentlichkeit ihr seit geraumer Zeit angekündigtes Friedenswort vor. Das 23 Druckseiten starke Dokument mit dem Titel „Friede und Gerechtigkeit“ reicht an Gewicht zweifellos nicht an die umfangreicheren und gründlicheren Verlautbarungen der deutschen und der amerikanischen Bischöfe (vgl. HK, Juni 1983, 255–260) heran. Dennoch verdient der „Brief der Niederländischen Bischofskonferenz über die Atombewaffnung“ (so der Untertitel) Beachtung.

Schließlich waren es die Niederlande, in denen sich die *neue kirchliche Friedensbewegung* zuallererst bemerkbar machte und zu einem Faktor mit erheblicher politischer Bedeutung wurde. In Westeuropa wie auch in den Vereinigten Staaten machte eine Zeitlang das Schlagwort von der „Hollanditis“ die Runde, deren ansteckende Wirkung auf andere Länder man befürchtete. Schon 1977 hatte der holländische „Interkerkelijk Vredesberaad“ die klare Losung ausgegeben: „Schafft die Kernwaffen aus der Welt und beginnt damit in den Niederlanden!“

Geläufige Positionen

Die niederländischen Bischöfe wollten mit ihrer Standortbestimmung von

vornherein nicht mit ihren Mitbrüdern in der Bundesrepublik und in den USA konkurrieren. So geht ihr Brief denn auch weder exegetisch noch in der Situationsanalyse, weder bei den Vorschlägen zur Friedensförderung noch bei der Erörterung methodischer Probleme ins Detail. Die meisten Themen werden nur *knapp angesprochen*: Die Spannung zwischen dem Ausblick auf das Reich Gottes und den begrenzten Möglichkeiten, es in der Geschichte zu verwirklichen als Grundlage christlicher Friedensarbeit; die Gefahren eines Nuklearkriegs angesichts der angehäuften Zerstörungspotentials; der Zusammenhang von Überrüstung und Unterentwicklung. Die Bischöfe halten fest, daß zum Frieden mehr gehört als die Verhinderung eines Atomkriegs und ein Stopp des Rüstungswettlaufs; sie rufen zum Gebet für den Frieden auf und verlangen als Bedingungen für eine Ordnung des Friedens Struktur- wie Mentalitätsveränderungen.

Auch im entscheidenden Mittelteil ihres Briefes, in dem sich die Bischöfe zu Atomwaffeneinsatz, Verteidigungsrecht, Abschreckung und Abrüstungsschritten äußern, halten sie sich an die *Grundlinien* der neueren *offiziellen Verlautbarungen* zur kirchlichen Friedensethik. Sie machen sich die Aussage der Pastoralkonstitution zu eigen, daß jede Kriegshandlung zu verwerfen sei, die auf die Vernichtung ganzer Städte und Landschaften ziele, und verwerfen als Konsequenz daraus

jeden Einsatz von Nuklearwaffen (sowohl als Erst- wie als Vergeltungsschlag) gegen Bevölkerungszentren. Das Recht auf Verteidigung wird anerkannt, allerdings könne es nicht den totalen Krieg legitimieren. Das System der Abschreckung wird mit *äußerster Skepsis* betrachtet („Balanceakt am Rand des Abgrunds“), der Kernwaffenbesitz zum Zweck der Abschreckung aber als Stufe auf dem Weg zur Abrüstung zugestanden. Die Bischöfe stellen dazu einschränkend fest: „Funktionen der atomaren Bewaffnung, die über die Abschreckung hinausgehen, also wenn sie etwa zur Kriegsvorbereitung oder als politisches Druckmittel dient, müssen zurückgewiesen werden, da sie den Rüstungswettlauf immer neu antreiben.“

Der Brief beläßt es weitgehend dabei, die einzelnen Aussagen, die mit Zitaten aus „Gaudium et spes“ und aus päpstlichen Verlautbarungen begründet werden, nebeneinander zu stellen, ohne sie argumentativ miteinander ins Gespräch zu bringen. Es bleibt so bei der Erinnerung an Grundprinzipien, ohne daß sich der Text etwa in der Frage der Abschreckung um eine genauere Analyse der damit verbundenen Paradoxien zum Zweck der ethischen Urteilsbildung bemühen würde.

Einseitige Abrüstung – ja oder nein?

Relativ ausführlich nehmen die Bischöfe zum Thema *Abrüstung* Stellung. Sie favorisieren eine Abrüstungspolitik der „ersten Schritte“ im Sinn eines gradualistischen Vorgehens: „Solche Schritte werden mit dem Ziel unternommen, daß die Gegenseite sie richtig einschätzt und mit einem vergleichbaren Schritt antwortet, nicht aber die Situation zur Bewahrung oder Erlangung eines Rüstungsübergewichts mißbraucht ... Die dringende Notwendigkeit, den Rüstungswettlauf unter Kontrolle zu bringen, verlangt nicht nur auf einer, sondern auf beiden Seiten die Bereitschaft, Schritte zu unternehmen, Vertrauen einzuräumen und Vertrauen zu erwidern.“

Damit nehmen die Bischöfe ein Anliegen auf, das sie in einer *Erklärung über Rüstungswettlauf und Abrüstung* aus dem Jahr 1976 erläutert haben. Damals hatten sie sich für einseitige Abrüstungsschritte unter zwei Bedingungen ausgesprochen: Solche Schritte müßten mit dem Schutz der eigenen Sicherheit vereinbar sein, und sie müßten eine Aufforderung an die andere Seite enthalten, auf die Vorleistung positiv zu reagieren.

Dieses Thema stand auch im Mittelpunkt einer breit angelegten *Befragung*, die die Bischöfe zur Vorbereitung ihres Friedensworts durchführen ließen. Die Katholiken des Landes wurden bei der 1981 abgehaltenen Konsultation um schriftliche Antworten auf die Frage gebeten, ob sie für oder gegen einseitige Abrüstungsschritte unter den beiden genannten Bedingungen seien. Die über 2000 Antworten, die etwa je zur Hälfte von Einzelpersonen und von Gruppen eingingen, erbrachten kein eindeutiges Ergebnis: Befürworter und Gegner einer einseitigen Abrüstung hielten sich in etwa die Waage (vgl. die genaue Auswertung in: Kernwaffen. KASKI-rapport over de kernwapenraadpleging in het RK Kerkgenootschap, „121“-reeks nr. 2, Utrecht 1982).

Anlaß dieser Konsultation war die konkrete *Forderung des „Interkerkelijk Vredesberaad“*, die Niederlande sollten durch den einseitigen Verzicht auf Kernwaffen ein Zeichen gegen den Rüstungswettlauf setzen. Dem IKV, der von insgesamt 9 niederländischen Kirchen getragen wird, gehören auch fünf katholische Delegierte an, die durch die niederländische Sektion von Pax Christi nominiert werden. Pax Christi hatte sich in einem von der Bischofskonferenz angeforderten Memorandum den Vorschlag des IKV ausdrücklich zu eigen gemacht und ihn auch den Bischöfen zur Übernahme empfohlen.

Der Doppelbeschluß der Nato vom Dezember 1979, demzufolge im Falle des Scheiterns der Genfer Verhandlungen die Niederlande eine Anzahl von Marschflugkörpern aufnehmen sollten, verschärfte die politische wie auch die kirchliche Diskussion über

die Haltung des Landes zum Bündnis und zur nuklearen Abschreckung, wie schon im Jahr zuvor die Auseinandersetzungen über den möglichen Bau der Neutronenbombe.

Wer vom Friedenswort der niederländischen Bischöfe jetzt eine klare Stellungnahme dazu erwartet hatte, muß sich *enttäuscht* sehen: Die Bischöfe verweisen auf ihren Brief an die Zweite Kammer des Parlaments vom 6. Dezember 1979, in dem sie schwerwiegende Einwände gegen eine Stationierung neuer Mittelstreckenraketen vorgebracht, daraus aber kein eindeutiges „Nein“ abgeleitet hatten (der Brief ist im Anhang zu „Friede und Gerechtigkeit“ abgedruckt). Sie erwähnen ausdrücklich den wichtigen Beitrag, den die Friedensbewegungen Pax Christi und IKV für die Verbreitung der Forderung nach Abrüstung geleistet hätten. Eher wie ein Ausweichen wirkt der längere Passus über die Genfer Verhandlungen, von denen die Bischöfe „positive Ergebnisse“ erhoffen. Die beiden betroffenen Seiten könnten es sich nicht erlauben, so mahnt das Friedenswort, die Verhandlungen über Mittelstreckenraketen nicht mit dem Willen zu führen, Ergebnisse zu erreichen.

Im entscheidenden Punkt widersprüchlich

Die Bischöfe hätten es weitgehend bei allgemeinen Mahnungen belassen und auf die entscheidende Frage nach der niederländischen Beteiligung an der Nachrüstung mit Ja und Nein zugleich geantwortet, meinte der Kommentator der Tageszeitung „Trouw“ (14. 6. 83). Die vorsichtige bis *undeutliche* Stellungnahme des Friedenswortes mag mit den *unterschiedlichen Positionen innerhalb der Bischofskonferenz* zusammenhängen, die auch auf der Pressekonferenz am 13. Juni nicht verborgen blieben: Während Kardinal *Willebrands* ausführte, die Bischöfe hätten zwar ihre Bedenken gegen eine Nachrüstung geäußert, müßten aber die Entscheidung den Politikern und Militärs überlassen, interpretierte Bischof *Hubertus C. A. Ernst* von Breda, Präsident der niederländischen Sektion von Pax Christi, die Aussagen des

Friedenswortes als Absage an die Aufstellung neuer Atomraketen. Zur bischöflichen Kommission, die die Endredaktion des Textes besorgte, gehörte außer Kardinal Willebrands und Bischof Ernst noch der Rotterdamer Weihbischof und Militärbischof *Ronald P. Baer*, der letztes Jahr in einem Beitrag für eine Nato-Zeitschrift ausdrücklich festgestellt hatte, es sei für praktizierende Christen legitim, die Position der Nato voll und ganz zu unterstützen, selbst hinsichtlich der

Stationierung von Kernwaffen in den Niederlanden.

Wie sich Regierung und Parlament der Niederlande entscheiden werden, wenn es um die Frage des konkreten Vollzugs der Nachrüstung geht, läßt sich noch nicht absehen. Innerhalb der Regierungskoalition aus Christdemokraten (CDA) und Liberalen (VVD) bestehen beträchtliche Spannungen, nicht zuletzt in den Reihen des CDA selber. Während die *Hervormde Kerk* als größte protestantische Kirche des

Landes sich schon vor Jahren eindeutig für eine nukleare Abrüstung der Niederlande ausgesprochen hat, bringen die katholischen Bischöfe jetzt eine allgemein gehaltene, in dem entscheidenden Punkt unklare Positionsbestimmung ein. Ob und wie dieses Friedenswort, das zunächst von den Parteien, von Pax Christi und vom IKV einhellig begrüßt wurde, den weiteren Meinungsbildungsprozeß beeinflussen kann, wird sich zeigen müssen. U.R.

Ein Lehrstück für die deutsche Kirche

Der Deutsche Katechetische Kongreß in Freiburg

Der Deutsche Katechetische Kongreß, der vom 23. bis 26. Mai in Freiburg stattfand, war ein *Novum* in der an Großveranstaltungen reichen kirchlichen Landschaft der Bundesrepublik. Das gilt nicht nur deshalb, weil die letzten Veranstaltungen mit dieser Bezeichnung in den zwanziger Jahren abgehalten wurden. Auch in den Absichten, die von den Veranstaltern mit dem Freiburger Treffen verbunden worden waren, in der Zusammensetzung der Teilnehmer wie im Ablauf des Kongresses kamen einige Akzente zum Vorschein, die für das kirchliche Leben hierzulande nicht einfach selbstverständlich sind. Unter dem Thema „Miteinander glauben lernen – in Familie, Gemeinde, Schule“ trafen sich etwa 2500 Pfarrer, Ordensschwester, Religionslehrer, Pastoral- und Gemeindefereenten, Erzieherinnen, Verantwortliche in der Jugendarbeit, um drei Tage lang miteinander über den eigenen Glauben, über die Situation der Glaubensvermittlung und über die Möglichkeiten und Schwierigkeiten ihrer verschiedenen Aufgabengebiete zu sprechen.

Rückgriff auf das Elementare

An *offiziellen Vorgaben* für das schwierige Geschäft der Glaubensvermittlung fehlt es ebensowenig wie an theoretischen Modellen und an Materialien. Man denke nur an die einschlägigen Beschlüsse und Arbeitspapiere der Würzburger Synode, an das Päpstliche Schreiben „*Catechesi tradendae*“ (vgl. HK, Dezember 1979, 609–628) und an die nicht mehr zu überschauende Flut an Handreichungen, Modellen und Medien für Religionsunterricht, Sakramentenkatechese oder theologische Erwachsenenbildung. Daß es trotzdem um die Weitergabe des Glaubens im Spannungsfeld von überlieferten Glaubensinhalten und traditioneller religiöser Praxis, faktischem Verdunsten christlicher Überlieferung in der Gesellschaft und Suche nach neuen Wegen der Vermittlung nicht zum besten bestellt ist, dafür gab es in den letzten Jahren *etliche Indizien*: die Diskussion über Sinn und Ausrichtung des

schulischen Religionsunterrichts (vgl. HK, März 1981, 120–122), die Auseinandersetzungen um die Möglichkeiten kirchlicher Jugendarbeit bei der Hinführung von Kindern und Jugendlichen zum Glauben oder auch Unsicherheiten bezüglich des Nutzens theologischer Erwachsenenbildung.

Von Anfang an (der Beschluß, einen Katechetischen Kongreß durchzuführen, wurde von der Vertreterversammlung des Deutschen Katecheten-Vereins im Frühjahr 1981 gefaßt; als weitere Träger traten dann die Bundeskonferenz der Katholischen Religionslehrerverbände, der Deutsche Caritas-Verband und das Pädagogisch-Katechetische Seminar der Universität Freiburg dazu) sollte der geplante Kongreß nicht primär dazu dienen, neue methodische oder didaktische Konzepte für Religionsunterricht oder Gemeindekatechese zu diskutieren. Schon in den ersten Überlegungen zu Anlage und Zielen des Treffens tauchten dagegen Stichworte auf wie: der Kongreß solle bei den Teilnehmern Freude wecken und Einheit stiften, er solle alle in der katechetischen Arbeit tätigen Gruppen zusammenführen, er solle induktiv, von den Erfahrungen der Teilnehmer ausgehen, das Glaubensgespräch solle im Mittelpunkt stehen.

Darin macht sich zweifellos eine *Akzentverschiebung* bemerkbar, die nicht nur die katechetische Arbeit betrifft, sich dort aber besonders stark auswirkt: Der Schwerpunkt rückt von den vielen inhaltlichen und methodischen Einzelfragen und von den Einzelbereichen auf die Grundfrage, was überhaupt Glauben bedeutet und wie er gelebt und weitergegeben werden kann. Damit geht auch eine größere Aufmerksamkeit für die konkrete Glaubenserfahrung und das Zeugnis jedes einzelnen Christen einher. Dieser *Rückgriff auf das Elementare*, der dem Kongreß nicht nur von der Vorbereitung her vorgegeben war, sondern ihn auch weitgehend prägte, verdankt sich offenbar vor allem der Sorge, das bloße Weitergehen in den gewohnten Bahnen einschließlich der damit verbundenen Streitereien könne den Blick für die faktische Situation